Kritische Bemerkungen zum Architektenwettbewerb des Freistaates Sachsen und der Universität Leipzig

von Manfred Wurlitzer, Leipzig

Der Freistaat Sachsen hat für das Areal der Leipziger Universität einen Architektenwettbewerb ausgeschrieben. Dieser umfasst die Erneuerung und Modernisierung verschiedener Gebäude, die für Lehre, Forschung, den sozialen Bereich und die Verwaltung von Bedeutung sind. Die schwierigste Aufgabe stellt die Neugestaltung der Fassade des Hauptgebäudes am Augustusplatz dar, denn das Resultat wird an den berühmten Vorgängern gemessen werden. Die verantwortlichen Gremien hatten schließlich ein Jahrzehnt Bedenkzeit für eine akzeptable Konzeption der Platzgestaltung. Galt doch der Augustusplatz, wie er sich vor dem Krieg präsentierte, als einer der schönsten Plätze Europas. Aber gerade für das neue Gesicht, das die Universität diesem berühmten Platz zuwenden wird, werden in dem vorliegenden Auslobungstext für die Wettbewerbsteilnehmer nur verschwommene Vorgaben getroffen, und das trotz der Beteuerung: die verantwortlichen Gremien "hätten es sich nicht leicht gemacht". Im wesentlichen soll das bisherige Hauptgebäude erhalten bleiben (ca. 4/5), bis auf das nördliche Ende, wo bis zum Bildersturm durch die Sozialistische Einheitspartei (die Sprengung erfolgte am 30. Mai 1968, genau einen Monat vor dem 75. Geburtstag von Walter Ulbricht) die Universitätskirche St. Pauli stand. Nun wäre die Chance gegeben, die Tradition aufzugreifen und das durch die kommunistische Diktatur der protestierenden Leipziger Bevölkerung zugefügte Unrecht teilweise wiedergutzumachen, indem an historischer Stelle eine wiederaufgebaute Kirche entsteht und ihre ehemaligen Funktionen fortsetzt. Eine solche eindeutige Aussage wird im Auslobungstext ausgeschlossen. Die Universität spricht sich klar gegen einen Sakralbau aus. Der Ersatz der Kirche durch eine "Pauliner Aula", die "wie ihre Vorgängerin in ihrer Architektur ein Kunstwerk überragenden Ranges werden soll, das Markenzeichen der neuen Universität" erinnert an die Vorgaben der SED im Wettbewerb von 1968: "Städtebau, Architektur und Freiflächen sowie der bildkünstlerische Schmuck des Platzes und der Gebäude müssen sich zu einer organischen Einheit hoher künstlerischer Qualität zusammenfügen" (ohne die Kirche). So erscheint in der Parallelität der Formulierungen der Geist von 1968. Die Illusion, dass Superlativen und vorweggenommenes Lob die Triebkräfte für die Lösung schwieriger Aufgaben seien, war doch typisch für das abgewirtschaftete System. Dieser Eindruck wird noch dadurch verstärkt, dass 80% des bestehenden Platten-Baus an der Fassade übernommen werden sollen.

Wenig Sensibilität gegenüber den protestierenden Opfern von 1968 zeigen die Verantwortlichen des Wettbewerbs, wenn sie - es ist kaum zu glauben - eine Wiederaufstellung des Wandbildes "Arbeiterklasse und Intelligenz" im Bereich der Universität anordnen. Denn auf diesem ist gerade die für die Sprengung der Kirche und für die Verfolgung der protestierenden Bürger des Jahres 1968 verantwortliche Hauptperson, der Erste Sekretär der Bezirksleitung der SED, Paul Fröhlich, zusammen mit den für die Beschlüsse Zuständigen, dem ehemaligen Oberbürgermeister Kresse, dem ehemaligen Vorsitzenden des Rates des Bezirks und einem Mitglied des damaligen Senats, als "graue Eminenzen" dargestellt. Dieses "Kunstwerk der Zeitgeschichte" (es sollte als Beispiel für Auftragswerke der stalinistischen Zeit erhalten bleiben) gehört an einen besonderen Ort außerhalb der Universität, denn seine von der Partei vorgegebene Aufgabe, der sozialistischen Umgestaltung der Universität ein ehrendes Denkmal zu setzen, ist hinfällig geworden. Waren doch die genannten Personen zugleich die Zerstörer der Kirche und ihrer geistigen Ausstrahlung: Die atheistische Universität war komplett. Eine Wegnahme des Bronzereliefs "Leninismus, der Marxismus unserer Epoche", das derzeit noch - glücklicherweise im

Schatten der "Paulinerinstallation"- die Neugierde der Touristen entfacht, ist längst überfällig. Leider trat das Unvermögen, die alte Geisteshaltung abzulegen, seit dem Zusammenbruch der DDR in vielen Diskussionen zutage. So schreibt Prof. Thomas Topfstedt in einem Gutachten über die Zukunft des Reliefs: "Die Demontage des Bronzewerkes wäre ein schwerwiegender Eingriff in dieses historische Ambiente, desgleichen die Umbenennung von Universität und Platz". Und in einem zweiten Gutachten heißt es: "Will man nicht in Bilderstürmerei verfallen, wie sie in früheren Zeiten von Vandalen, religiösen Eiferern und revolutionären Extremisten, aber auch von Diktatoren verschiedenster Parteizugehörigkeit betrieben wurde, dann sollte das Relief an seinem Platz bleiben. Es gehört zum Ensemble der Universität wie zum Platz." So blieb das "Kunstwerk" mit der offiziellen Argumentation stehen, der Abbau sei zu teuer. Seine Wirkung wurde allerdings durch die "Paulinerinstallation" neutralisiert, ein schlichter Rahmen vor dem Haupteingang, der die Umrisse der ehemaligen Kirche zeigt und an die Einfallslosigkeit sowie Brutalität des Vorgehens der Plattenerbauer erinnert. Eine zweifelhafte Geisteshaltung schlug abermals durch, als von der Universität unter Androhung juristischer Mittel -zum Glück vergeblich- versucht wurde, von beiden Kunstwerken nur die Installation zu entfernen, aber das von der Leipziger Bevölkerung "ungeliebte Relief" allein stehen zu lassen.

Um unbequeme Auseinandersetzungen zu umgehen, haben die Gremien, die die Vorgaben für den Wettbewerb erarbeiteten, d.h. die Universität und die Landesregierung Sachsen, ihre Festlegungen weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit getroffen. So wurde in die Diskussion beispielsweise nicht die Mehrheit der Stadträte einbezogen. Auch hier ist die Parallele zum SED-Wettbewerb 1968 nicht zu leugnen. Damals erfuhren die Stadtverordneten erst am Tag, als über die Sprengung abgestimmt wurde, konkret die getroffenen Entscheidungen der Verantwortlichen. Kein Wunder, dass in dem Auslobungstext eklatante Widersprüche erkennbar sind.

So fordern die Vertreter der Landesregierung einen freien Blick von der Mitte des Platzes auf die Fassade, was nur durch Beseitigung des Cafés (von den Leipzigern wenig liebevoll "Mauercafé" genannt) an der Tiefgarageneinfahrt zu erreichen ist, das der Uni-Fassade vor die Nase gesetzt wurde. Diese Bedingung trifft die Stadtplaner hart, denn nach dem Auslobungstext ist die Neugestaltung des Augustusplatzes abgeschlossen. Außerdem ist es noch nicht lange her, dass die Stadt in einer erbitterten öffentlichen Diskussion Rede und Antwort stehen musste, die wie es scheint, traditionsgemäß in Leipzig erst nach den vollendeten Tatsachen geführt wird. Die Stadt kontert mit dem Argument, dass die hohen künstlerischen Ansprüche mit 20% erneuerter Fassade nicht zu erfüllen seien, also weg mit dem gesamten Hauptgebäude. Plötzlich sind finanzielle Bedenken erst einmal beiseite gestellt, eine drohende Blamage nach Art der "Milchtöpfe" hätte Imageverlust zur Folge und erscheint als das größere Übel.

Wie soll aber die hochrangige Jury zu einem qualifizierten Resultat kommen, wenn im ersten Teil des zweistufigen Wettbewerbs in extrem kurzer Zeit einige hundert Entwürfe gesichtet werden müssen? An dieser wichtigen, sehr zeitaufwendigen Vorarbeit können kaum die benannten Top-Architekten oder gar Politiker aktiv teilhaben, so dass wesentliche Entscheidungen gar nicht von den nominierten Mitgliedern der Jury gefällt werden, sondern von einer weitgehend anonymen Auswahlkommission, denn nur ein geringer Teil der eingereichten Entwürfe wird die erste Phase des Wettbewerbs überstehen. So sehen sich Stadträte weitgehend aus dem Entscheidungsprozess ausgegrenzt und lassen in Gesprächen bereits deutlich Resignation erkennen. Wenn man die Tatsache hinzuzieht, dass in der Fachjury auswärtige Experten die Majorität bilden, so muss von vorn herein mit einer Entscheidung gerechnet werden, die im wesentlichen nur architektonische Aspekte

berücksichtigt, wogegen die komplizierten politisch-historischen Kenntnisse nur von engagierten einheimischen, Personen eingebracht werden können. War dies der Sinn des zweistufigen Verfahrens?

Eine öffentliche Diskussion, die hinsichtlich der Problematik Paulinerkirche obligatorisch und hilfreich gewesen wäre, war bei der Erarbeitung des Auslobungstextes weitgehend vermieden worden. Die vom Rektor eingesetzte Arbeitsgruppe unter Leitung von Prof. Th. Topfstedt, einem entschiedenen Gegner des Wiederaufbaus der Kirche, ließ sich nicht in ihre Karten schauen. Die Ausschaltung des Paulinervereins, dessen Satzung den Wiederaufbau der Kirche fordert, wurde mit allerlei "Tricks" betrieben. So wurde der Rektor selbst Mitglied des Paulinervereins, obwohl sein Beauftragter Topfstedt in einer Festschrift gegen den Verein polemisierte, drohte aber dann mit seinem Austritt, als Mitglieder des Vereins die Einhaltung der Satzung anmahnten. Der im Mai 2000 gewählte Vorsitzende des Paulinervereins, zugleich Mitglied der Jury, der sich offenbar mehr den Vorstellungen des Rektors als den Zielen des Vereins verpflichtet fühlte, ließ sich dazu hinreißen, in der Öffentlichkeit die Behauptung zu verbreiten, der Verein stünde nicht mehr zu seinem satzungsgemäßen Ziel, dem Wiederaufbau der Kirche. So sollte der Eindruck vorgetäuscht werden, in Leipzig gäbe es kaum noch Interessenten für den Wiederaufbau.

In dieser Situation entschlossen sich verratene Mitglieder des Paulinervereins und empörte Bürger zu einem Aufruf an die Öffentlichkeit, der von 32 prominenten Personen unterzeichnet worden war, und die zu diesem Zeitpunkt durchaus noch erfüllbare Forderung enthielt, in dem Architektenwettbewerb die Option des Wiederaufbaus der Kirche St. Pauli wenigstens nicht von vorn herein auszuschließen. Die Zahl der Unterschriften hat sich bis heute auf mehr als 130 Personen erhöht. Im Resultat umfasst die Liste einen Kreis, der (neben bedeutenden Personen aus Wissenschaft, Kunst und Politik) auch die Geschichte des Widerstandes gegen das stalinistische Regime widerspiegelt. So dürfte die Liste der Unterzeichner auch als Teil der Zeitgeschichte zu werten sein:

- Studentischer Widerstand an der Leipziger Universität in den 50er Jahren (Eberle, Jenkner, Grünberger, Jahn, Weinoldt)
- Widerstand gegen die Sprengung der Unikirche 1968 (Welzk, G.Fritzsch, H.Fritzsch, D.Koch, Niendorf, Treumann, Knödel)
- aus politischen Gründen Verhaftete oder Geflüchtete (Ammer, Salié, Büttner, Faust, Templin u.a.)
- Politiker unterschiedlicher Parteien (Werner Schulz-Bü.90/Gr., Dr.Klose-SPD, A.Barbe-CDU, Stadträte und MdL-CDU u. DSU,)
- Prominente Wissenschaftler und Künstler (Nopelpreisträger G. Blobel, C.F.v.Weizsäcker, H. Blomstedt, L. Güttler, M. Klemm, W. u. U. Mattheuer, M. Pommer, P.Schreier u.a.).

Die Organisatoren des Architektenwettbewerbs, vertreten durch den Sächsischen Staatsminister für Finanzen, Dr. de Maizière, haben sich nicht entschließen können, die Vorgaben um die Variante des Wiederaufbaus zu verallgemeinern, obwohl damit keineswegs eine Vorentscheidung verbunden worden wäre. In Anbetracht des Potentials an bedeutenden Persönlichkeiten und Opfern des SED-Regimes, das sich in der Unterschriftenliste für den Wiederaufbau manifestiert, ist vor allem die moralische Legitimation einer solchen Entscheidung des Auslobers anzuzweifeln, in der ein gehöriges Maß an Ignoranz nicht zu übersehen ist. Wohl hat aber der Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. H. J. Meyer, in einem persönlichen Gespräch zum Ausdruck gebracht, dass ein eingereichter Wettbewerbsbeitrag, der den Wiederaufbau der Kirche vorsieht, nicht automatisch von der Wertung ausgeschlossen würde. Die Unterzeichner, des "Aufrufs an die Freunde der Paulinerkirche" (Initiative Paulinerkirche) appellieren an die Bewerber und die Jury, die Option des Wiederaufbaus der Universitätskirche St. Pauli in ihre Erwägungen einzubeziehen,

ja, den Wiederaufbau als Denkmal und nationale Aufgabe zu sehen, die weit über den Rang einer Universitätsaula hinausgeht..

Leipzig, November 2001